

Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen NEWSLETTER



Nr. 7/2013

16. Dezember 2013

Inhaltsverzeichnis

- > Weihnachtsgruß
- > Präsidium
- > Arbeitstreffen der eaf Landesarbeitskreise/Landesverbände
- > Pressemitteilungen der eaf

- > Zum Wohle des Kindes?! Das neue Sorgerecht nicht miteinander verheirateter Eltern
- > Schulseelsorge als Teil psychosozialer Dienste in der Schule
- > Protestantische Ethik und moderner Sozialstaat - Fernwirkungen der Reformation

- > Manuela Schwesig wird Familienministerin
- > Gesamtevaluation der familienpolitischen Leistungen
- > Familienpolitik im Koalitionsvertrag
- > Beschluss zur Familienpolitik auf der EKD-Synode
- > Dokumentation: Die Orientierungshilfe der EKD in der Kontroverse
- > Katholische und evangelische Kirche beteiligen sich am „Ergänzenden Hilfesystem für Betroffene sexueller Gewalt“
- > Nikolaus Schneider hält Vorlesung zu „Politik und Religion“

- > Gewalt gegen Frauen trifft immer auch die Kinder: 8.812 Kinder 2012 im Frauenhaus
- > 2012 begann für 517.000 junge Menschen eine Hilfe zur Erziehung
- > Eurostat zeigt Entwicklung der Geburtenquote in den EU-Staaten
- > Neue Pisa-Ergebnisse
- > Einkommen und Vermögen

- > Westfälische Landessynode stärkt Patenamt
- > Studie: Das Paar – eine Interessenseinheit?
- > OECD Ländervergleich zur Generationengerechtigkeit in alternden Gesellschaften
- > COFACE plant Wahlcheck zur Europawahl
- > Verändert die Neurobiologie unser Menschenbild?
- > EU-Gipfel zur Jugendarbeitslosigkeit

- > „Und was liest du?“ Literaturempfehlungen zum ersten Lesen und Vorlesen
- > Ausstellungshinweis: „Leben nach Luther“ im Deutschen Historischen Museum
- > Schneider zur Eröffnung der Pfarrhausausstellung
- > Themenheft der Bundeszentrale für politische Bildung (fluter Magazin) zum Thema „Familie“
- > Aktion „Ich pflege, weil...“ - Pflegebotschafter organisiert Tanznachmittage für Demenzkranke



Foto: Kai Ziegner

Lasst uns nun gehen und die Geschichte sehen, die da geschehen ist...
(aus der Weihnachtsgeschichte Lukas 2,15)

Kinder machen es uns leicht, wieder die Weihnachtsgeschichte zu hören oder auch weiter zu erzählen. Da leuchten in ihren Augen die Sterne. Erwachsene müssen vielleicht etwas länger gehen oder sogar suchen, dass sich das Wunder von Weihnachten, die Menschwerdung Gottes, ihnen neu erschließt. Wo ist dieses Bethlehem heute?

Wir aus der eaf Bundesgeschäftsstelle wünschen Allen wegweisende Sterne, die Tatkraft das abzuschließen, was im Jahr 2013 bleiben kann und für 2014 Weggefährten und Mut für neue Aufgaben und Ziele.

Friedvolle Weihnachten und ein gesegnetes neues Jahr!

Aus der eaf Arbeit

- Am 28. und 29. November tagte das **Präsidium** im Augustinerkloster in Erfurt. Es beriet über den Aufbau der Servicestelle des Forums Familienbildung. Organisatorisch ist noch einiges im Unklaren und die Arbeitsstrukturen müssen 2014 erst gemeinsam entwickelt und erprobt werden. Überlegt wird ein familienbildungspolitisches Strategiepapier zu erarbeiten, ebenso wie das Thema der Jahrestagung 2015 stärker auf die Familienbildung zu fokussieren.
Die Jahrestagung 2014 soll sich der Grundsatzfrage nach guten Lebensbedingungen für Familien (z. B. neue Balance Familie und Beruf, Bezug zum Beschluss der EKD-Synode, familienfreundliche Arbeitsplätze in der Kirche) annehmen. Außerdem beriet das Präsidium über die Arbeitsschwerpunkte für 2014: u. a. Stellungnahme zum Koalitionsvertrag, Diskussion der Gesamtevaluation der ehe- und familienpolitischen Leistungen sowie eine eaf-Konkretisierung der Empfehlungen der Orientierungshilfe.
- Beim diesjährigen **Arbeitstreffen der eaf Landesarbeitskreise/Landesverbände** (12. - 13. Dezember in Berlin) hatten wir Besuch vom neuen Bevollmächtigten der EKD bei der Bundesregierung, Dr. Martin Dutzmann, und dem zuständigen Referenten für Familienfragen im Büro des Bevollmächtigten, Oberkirchenrat Joachim Ochel.
Des Weiteren stellte Frau Christina Schildmann, Referentin bei der Friedrich-Ebert Stiftung Berlin, die Studie „Familienarbeitszeit – Wirkungen und Kosten einer Lohnersatzleistung bei reduzierter Vollzeitbeschäftigung“ vor.



- Aktuelle **Pressemitteilungen der eaf:**
 Große Koalition – kleine Reförmchen beim Elterngeld vom 21. November 2013
 Große Koalition: familienpolitisch mutlos vom 4. Dezember 2013

Tagungen und Veranstaltungen

- **Zum Wohle des Kindes?! Das neue Sorgerecht nicht miteinander verheirateter Eltern, 21. Januar 2014 in Karlsruhe**

Fachgespräch mit Vorträgen für Beraterinnen und Berater, für Juristinnen und Juristen, für Mitarbeitende in Verbände sowie für die interessierte Fachöffentlichkeit

Das Sorgerecht hat sich in den vergangenen Jahrzehnten grundlegend gewandelt – insbesondere für nicht verheiratete Eltern. Inzwischen geben immer mehr Eltern eine gemeinsame Sorgeerklärung ab. Dies ist Ausdruck dafür, dass Eltern gemeinsam Verantwortung für ein Kind übernehmen wollen, auch wenn sie nicht miteinander verheiratet sind.

Aber was ist mit Eltern, die sich nicht auf die gemeinsame Sorge verständigen können? Mit dem am 19. Mai 2013 in Kraft getretenen Gesetz zum Sorgerecht nicht miteinander verheirateter Eltern wird nun eine wichtige Veränderung wirksam. Väter können jetzt vor Gericht das gemeinsame Sorgerecht erstreiten. Sind Mütter nicht einverstanden, müssen sie innerhalb einer kurzen Frist schriftlich darlegen, warum die gemeinsame Sorge dem Wohl des Kindes widerspricht. Das Gericht soll dann über den Antrag in einem schriftlichen Schnellverfahren entscheiden.

Das Netzwerk Alleinerziehenden-Arbeit Baden-Württemberg möchte mit der Fachveranstaltung über die neuen Regelungen informieren und über mögliche Konsequenzen für die Beteiligten und die Beratungsarbeit diskutieren.

Weitere Informationen unter: <http://www.vamv-bw.de/?p=332>

- **Schulseelsorge als Teil psychosozialer Dienste in der Schule: Profil, Vernetzung, Schnittmengen, 2. - 4. April 2014 in Berlin**

Evangelische Schulseelsorge versteht sich als Teil der sozialen Praxis im System Schule. Dabei agiert sie abgestimmt und vernetzt mit anderen Akteuren mit dem Ziel, zum Gelingen des Miteinanders in der Schule und zum Wohl der Schulgemeinschaft beizutragen.

Der Kontext, in dem evangelische Schulseelsorge als Teil der sozialen Praxis neben bzw. in Kooperation mit (anderen) psychosozialen Diensten in der Schule agiert, muss beschrieben, geklärt und gestaltet werden. Dabei kommt es auch auf ein erkennbares Selbstverständnis evangelischer Schulseelsorge an.

Die fünfte EKD-weite Fachtagung Evangelische Schulseelsorge widmet sich diesem Thema.

Weitere Informationen unter: <http://cimuenster.de>

- **Protestantische Ethik und moderner Sozialstaat - Fernwirkungen der Reformation – Kongress des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD, 4. - 5. April 2014 in Berlin**

Der Kongress verfolgt im Dialog mit Wissenschaftler_innen aus den USA, Großbritannien, Skan-

dinavien und Deutschland drei Ziele: Er wirft einen Blick auf das Verhältnis von Reformation und modernem Sozialstaat. Er analysiert historische und aktuelle Trends in der Entwicklung des Sozialstaats. Er fragt nach der Zukunft des Sozialstaats unter den Herausforderungen neoliberaler Globalisierung. Bei der Veranstaltung handelt es sich um eine Kooperation mit der Evangelischen Akademie zu Berlin und dem Diakoniewissenschaftlichen Institut der Theologischen Fakultät der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg. Die Stiftung Sozialer Protestantismus wird den Abendempfang am 5. April ausrichten.

Weitere Informationen unter: <http://bilder.kjm5.de/si-ekd/201312/flyer.pdf>

Familienpolitische Entwicklungen

- **NDR.de: Manuela Schwesig wird Familienministerin**

<http://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/nordmagazin/media/nordmagazin20585.html> (gesehen am 16. Dezember 2013 um 10:06 Uhr)

- **Gesamtevaluation der familienpolitischen Leistungen**

Einen kurzen Überblick über die sehr umfänglichen verschiedenen Module der Gesamtevaluation bietet das DIW in seinen Wochenbericht: http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.428678.de/13-40.pdf

Die eaf wird sich 2014 noch näher mit der Gesamtevaluation befassen.

- **Familienpolitik im Koalitionsvertrag**

Die Präsidentin der eaf, Christel Riemann-Hanewinkel, kommentiert in der Pressemitteilung der eaf vom 4. Dezember 2013 den familienpolitischen Part des Koalitionsvertrages als eher „mutlos“. Andere Verbände bemängeln die vielen Absichtserklärungen. So eine Absichtserklärung findet sich auch zum Ausbau und Verstetigung der Mehrgenerationenhäuser.

„Das erfolgreiche Konzept der Mehrgenerationenhäuser werden wir weiterentwickeln und deren Finanzierung verstetigen. Sie sollen sich in ihrer individuellen Ausprägung zu einem übergreifenden Dach und Ankerpunkt des sozialen Miteinanders und der Teilhabe vor Ort auch zum Beispiel unter Einbeziehung von Pflegestützpunkten als Sorgende Gemeinschaften entwickeln. Deshalb werden wir die Voraussetzungen schaffen, um eine dauerhafte Zukunft der Mehrgenerationenhäuser zu sichern und gemeinsam mit Ländern und Kommunen prüfen, unter welchen Voraussetzungen die Mehrgenerationenhäuser möglichst in allen Kommunen etabliert werden können.“ (vgl. Koalitionsvertrag S. 104)

- **Beschluss zur Familienpolitik auf der EKD-Synode**

Beschluss der 11. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland auf ihrer 6. Tagung (7. - 13. November 2013 in Düsseldorf) zur Familienpolitik im Wortlaut:

http://www.ekd.de/synode2013/beschluesse/s13_i_13_beschluss_familienpolitik.html

„Die Synode der EKD dankt der Ad-hoc-Kommission und dem Rat der EKD für die Darstellung der Herausforderungen von Familie heute in der Orientierungshilfe „Zwischen Autonomie und Angewiesenheit“. Nach der Veröffentlichung der Schrift hat eine intensive theologische Debatte dazu stattgefunden. Dabei ist die wesentliche familienpolitische Akzentsetzung des Textes aus dem Blick geraten.

Die Orientierungshilfe deutet die Situation von Familien auf dem Hintergrund moderner Vorstellungen von Autonomie, Gleichheit und Gerechtigkeit, die die Modernisierungsprozesse bestimmen. Dabei werden die Werte Vertrauen, Verlässlichkeit und Fürsorge aus dem biblischen Zeugnis heraus entwickelt und in den Mittelpunkt gerückt. [...]“

- **Dokumentation: Die Orientierungshilfe der EKD in der Kontroverse**

In einem Band hat der Rat der EKD viele Diskussionsbeiträge, Stellungnahmen und Pressemitteilungen zur Orientierungshilfe „Zwischen Autonomie und Angewiesenheit – Familie als verlässliche Gemeinschaft stärken“ zusammengefasst. Auch die gemeinsame Stellungnahme der eaf rheinland und westfalen-lippe ist darin aufgenommen. Die Dokumentation steht unter <http://www.ekd.de/EKD-Texte/orientierungshilfefamilie/90112.html> als Download bereit.

Eine weitere, lesenswerte Würdigung der Orientierungshilfe des Rates der EKD aus Sicht der

- **„Erneut Verantwortung übernommen“ Katholische und evangelische Kirche beteiligen sich als erste Institutionen am „Ergänzenden Hilfesystem für Betroffene sexueller Gewalt“**

Der von der Bundesregierung im März 2010 eingesetzte Runde Tisch „Sexueller Kindesmissbrauch in Abhängigkeits- und Machtverhältnissen in privaten und öffentlichen Einrichtungen und im familiären Bereich“ hat am 30. November 2011 in seinem Abschlussbericht eine Vielzahl von Empfehlungen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexualisierter Gewalt und für immaterielle und materielle Hilfen für von sexuellem Missbrauch Betroffene beschlossen. Am 6.12.2013 unterzeichneten die katholische und evangelische Kirche die „Vereinbarung zur Umsetzung der Empfehlungen des Runden Tisches Sexueller Kindesmissbrauch zum ergänzenden Hilfesystem“ mit dem Bund. [...]

Die katholische Kirche und die evangelische Kirche übernehmen erneut Verantwortung und sind die ersten Institutionen, die sich am Ergänzenden Hilfesystem im institutionellen Bereich beteiligen. Sie erfüllen damit einen zentralen Punkt des Runden Tisches Sexueller Kindesmissbrauch, der in seinem Abschlussbericht die Errichtung eines gemeinsamen Hilfesystems von Bund, Ländern und verantwortlichen Institutionen für die Betroffenen gefordert hatte. Der vom Bund mit 50 Millionen Euro ausgestattete „Fonds Sexueller Missbrauch im familiären Bereich“ (FSM) war zum 1. Mai 2013 als erster Teil des Ergänzenden Hilfesystems für Betroffene sexueller Gewalt gestartet. Mittlerweile hat sich Mecklenburg-Vorpommern in Höhe von 1,03 Millionen Euro beteiligt und auch Bayern hat seine Bereitschaft angezeigt, in den Fonds einzuzahlen. Betroffene von sexuellem Missbrauch im familiären Bereich können über die Geschäftsstelle des FSM in Berlin subsidiär zu bestehenden Hilfesystemen und Rechtsansprüchen bis zum 30. April 2016 die Übernahme von Sachleistungen bis zu 10.000 Euro beantragen.

Die katholische und evangelische Kirche sind bei der Implementierung von Präventionsmaßnahmen und Verfahrensweisen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen schon seit Jahren maßgeblich aktiv. Mit der Beteiligung am Ergänzenden Hilfesystem gehen sie einen weiteren Schritt zur Unterstützung Betroffener.

Weitere Informationen zum Ergänzenden Hilfesystem erhalten Sie unter:

www.fonds-missbrauch.de

Quelle: Pressemitteilung BMFSFJ Nr. 93/2013 vom 6. Dezember 2013

- **„Das Subsidiaritätsprinzip ist ein Segen“
Nikolaus Schneider hält Vorlesung zu „Politik und Religion“**

Der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Nikolaus Schneider, hat die bleibende Bedeutung des Subsidiaritätsprinzips betont. In seinem Vortrag „Reformation und Politik: Vom Segen der Subsidiarität – Das Verhältnis von Religion und Politik als bleibende Gestaltungsaufgabe“ sagte Schneider in Erfurt: „Das Subsidiaritätsprinzip ist ein Segen – für den Staat wie für die Kirchen. Es ist ein Segen für den Staat, dass es Aufgaben gibt, die er nicht von sich aus angehen muss, sondern hinsichtlich derer sich staatliches Handeln darauf beschränken kann, Wege zu suchen, auf denen sich die Selbsthilfekräfte stärken lassen.“

Der Ratsvorsitzende konkretisierte dies am Beispiel des Sozialwesens. So sei es nicht Aufgabe des Staates, sich selbst zum Krankenhaus-Manager zu machen, sondern vielmehr, „Träger zu finden, die sich nicht gegen die Interessen derer, denen sie Hilfe anbieten sollen, vereinnahmen lassen.“ Es sei überdies „ein Segen für den Staat“, dass es in seinen Grenzen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften gebe, deren Handlungsraum vertraglich geregelt sei und denen gegenüber er sich mit „fördernder Neutralität“ verhalte. Dies, so Schneider, mache den Staat frei davon, seinerseits Weltanschauungen produzieren zu müssen.

Der Ratsvorsitzende betonte auch den Nutzen des Subsidiaritätsprinzips für die Kirche: „Es ist ein Segen für die Kirche, dass es einen Raum in der Mitte der Gesellschaft gibt, den sie mit ihren Diensten ausfüllen kann. Auf diese Weise wird sie vor der Gefahr bewahrt, eine elitäre Gemeinschaft Weniger zu werden und sich in eine Nische zurück zu ziehen. Das Subsidiaritätsprinzip hilft der Kirche dabei, Volkskirche zu bleiben.“

Das Subsidiaritätsprinzip, so Schneider, gebe der Kirche ein Mitspracherecht in einer sich immer stärker ausdifferenzierenden Gesellschaft. „Die Kirche ist nur Kirche, wenn sie für andere da

ist“, zitierte der Ratsvorsitzende den Theologen Dietrich Bonhoeffer und sagte weiter: „Bezogen auf das Feld von Religion und Politik bedeutet das: Kirche ist nur da Kirche, wo sie dienstbares Ferment im staatlichen Gebilde ist.“ Das Themenjahr „Reformation und Politik“, so Schneider abschließend, könne „dazu motivieren und inspirieren, den unauflöslichen Zusammenhang von Gott und Welt, von Theologie und Politik neu zu buchstabieren.“

Quelle: Pressemitteilung der EKD vom 3. Dezember 2013

Zahlen, Daten, Fakten

• **Gewalt gegen Frauen trifft immer auch die Kinder:**

8.812 Kinder 2012 im Frauenhaus

Anlässlich des Internationalen Tages der Beseitigung von Gewalt gegen Frauen am 25. November 2013 macht Frauenhauskoordinierung e. V. darauf aufmerksam, dass fast die Hälfte aller Schutzsuchenden in Frauenhäusern Kinder sind.

2012 fanden etwa 9.000 Frauen Zuflucht vor der Gewalt des Partners im Frauenhaus (196 der 366 Frauenhäuser beteiligten sich an der Erhebung). 66 Prozent der Frauen treten diesen Weg aus der Gewalt gemeinsam mit ihren Kindern an. Diese Mädchen und Jungen sind selbst Opfer oder Zeugen von Gewalt gegen ihre Mutter geworden und wachsen in einer Atmosphäre von Angst und Gewalt auf. Diese traumatischen Erfahrungen beeinträchtigen ihre gesunde Entwicklung. Es besteht das Risiko für diese Kinder, später selbst zu Gewalt zu greifen oder sie zu erdulden. Diese Kinder brauchen dringend eine besondere Betreuung, um die Gewalterfahrung zu überwinden.

Die Frauenhäuser sehen den dringenden Unterstützungsbedarf der Jungen und Mädchen im Frauenhaus, jedoch müssen sie vielerorts aufgrund der fehlenden finanziellen und damit einhergehenden mangelnden personellen Ressourcen auf eine eigenständige Unterstützung der mitbetroffenen Kinder verzichten.

Für Frauenhauskoordinierung ist es nicht hinnehmbar, dass die Unterstützung der Kinder im Frauenhaus an den fehlenden Finanzen scheitert. Erforderlich ist eine bedarfsgerechte und verlässliche Finanzierung der Frauenhäuser und Fachberatungsstellen auf der Grundlage bundesgesetzlicher Regelungen und nicht wie bisher in der Regel auf Basis freiwilliger Leistungen der Länder und Kommunen. Frauenhauskoordinierung fordert dazu einen Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe für gewaltbetroffene Frauen und deren Kinder.

Frauenhauskoordinierung e.V. ist die Bundesvernetzungsstelle der Frauenhäuser und Fachberatungsstellen in den Wohlfahrtsverbänden. Sie vertritt 260 Frauenhäuser und 200 Fachberatungsstellen und setzt sich ein für den Abbau von Gewalt gegen Frauen und für wirksame Hilfen für misshandelte Frauen und deren Kinder.

Quelle: Frauenhauskoordinierung e. V. vom 22. November 2013

• **2012 begann für 517.000 junge Menschen eine Hilfe zur Erziehung**

Im Jahr 2012 begann für rund 517.000 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland eine erzieherische Hilfe des Jugendamtes oder einer Erziehungsberatungsstelle. Das waren gut 2.000 junge Menschen weniger als im Jahr 2011 (- 0,5 Prozent). Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) weiter mitteilt, wurde damit wie im Vorjahr für 3,3 Prozent der jungen Menschen unter 21 Jahren eine erzieherische Hilfe neu eingerichtet. Im Jahr 2008 lag dieser Anteil noch bei 3,0 Prozent.

Eltern haben Anspruch auf Hilfe zur Erziehung, wenn eine dem Wohl des Kindes oder Jugendlichen entsprechende Erziehung nicht gewährleistet ist, die Hilfe aber für seine Entwicklung geeignet und notwendig ist. Auch jungen Erwachsenen soll eine Hilfe für die Persönlichkeitsentwicklung und für die eigenverantwortliche Lebensführung gewährt werden, sofern dies die individuelle Lebenssituation notwendig macht.

Den größten Anteil unter allen neu gewährten erzieherischen Hilfen hatte mit 65 Prozent die Erziehungsberatung – gut 307.000 junge Menschen nahmen sie im Jahr 2012 neu in Anspruch. Ihre Zahl ging im Vergleich zum Vorjahr um 1,1 Prozent zurück. Rund 55.000 Familien erhielten eine familienorientierte Hilfe, das waren 4,0 Prozent mehr als im Jahr 2011. Mit diesen Hilfen wurden etwa 102.000 junge Menschen erreicht.

Etwas häufiger als im Vorjahr wurden junge Menschen, die eine Erziehungshilfe neu in Anspruch nahmen, außerhalb des Elternhauses untergebracht. Für knapp 52.000 Kinder, Jugendliche und

junge Erwachsene begann eine Vollzeitpflege in einer anderen Familie, eine Heimerziehung oder eine Unterbringung in einer sonstigen betreuten Wohnform. Das waren rund 800 stationäre Hilfen mehr als im Jahr 2011. Die Hälfte der jungen Menschen, die in einem Heim oder einer Pflegefamilie untergebracht wurden, lebte zuvor mit einem alleinerziehenden Elternteil zusammen. Nahezu drei Viertel (74 Prozent) dieser alleinerziehenden Elternteile lebten ganz oder teilweise von Transferleistungen. Dazu gehören finanzielle Hilfen des Staates wie zum Beispiel Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld nach dem Zweiten Sozialgesetzbuch.

Weitere Informationen unter: <http://www.destatis.de/presseaktuell>

Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 21. Oktober 2013

• Eurostat zeigt Entwicklung der Geburtenquote in den EU-Staaten

Nach den aktuellsten Zahlen von Eurostat liegt die Geburtenquote im EU-Durchschnitt bei 10,4 Geburten pro 1.000 Einwohner/in. Insgesamt wurden 2012 in den 28 EU-Ländern 5,2 Millionen Kinder geboren. Diesen standen fünf Millionen Sterbefälle gegenüber. Die Bevölkerung der 28 EU-Länder stieg zum 1. Januar 2013 auf 505,7 Millionen. Deutschland hat im EU-Vergleich die niedrigste Geburtenquote mit 8,4 Geburten pro 1000 Einwohner im Jahr 2012.

Quelle: AGF Europa News November 2013

• Spiegel Online: Neue Pisa-Ergebnisse

<http://www.spiegel.de/schulspiegel/wissen/pisa-ergebnisse-deutsche-schueler-holen-in-mathe-auf-a-936736.html> (gesehen am 4. Dezember 2013 um 10:01 Uhr)

• Einkommen und Vermögen

Das Kapitel „Einkommen und Vermögen“ des Online-Angebots „Die soziale Situation in Deutschland“ beinhaltet Grafiken zur Einkommens- und Vermögensverteilung, zur Lohnentwicklung sowie zum Niedriglohnsektor. Das Sparverhalten, die Ausstattung der Haushalte mit Gütern sowie die Einkommensteueranteile der einzelnen Einkommensklassen sind weitere Themen.

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung am 4. Dezember 2013

www.bpb.de/61749

Themen, die weiter zu beobachten sind

• Westfälische Landessynode stärkt Patenamnt

Das Patenamnt soll gestärkt werden. Die Evangelische Kirche von Westfalen ändert ihre Kirchenordnung: Bislang galt, dass mindestens ein Pate evangelisch sein muss. Das soll auch weiterhin die Regel sein. Findet sich aber trotz intensiver Bemühungen kein evangelischer Pate, gilt künftig: Mindestens ein Pate muss einer der elf Kirchen mit gegenseitiger Taufanerkennung angehören („Magdeburger Erklärung“). In Ausnahmefällen können Kinder in Zukunft auch ohne Paten getauft werden. Dafür muss aber mindestens ein Elternteil evangelisch sein.

Der dafür notwendigen Änderung der Kirchen- und Taufordnung hat die Westfälische Landessynode am 22. November mit großer Mehrheit zugestimmt. Die Taufe von Kindern, die entweder kein evangelisches Elternteil oder keinen Paten haben, sind allerdings Ausnahmefälle. Mit den jetzt beschlossenen Änderungen soll der „veränderten gesellschaftlichen und kirchlichen Wirklichkeit Rechnung getragen“ und gleichzeitig das Patenamnt gestärkt werden.

Denn der Regelfall sieht ab jetzt so aus: Es gibt mindestens eine Patin oder einen Paten. Sie sollen der evangelischen Kirche angehören, sie müssen aber auf jeden Fall Mitglied einer Kirche sein, die die Magdeburger Erklärung unterzeichnet hat. Bei Bedarf unterstützt der Pfarrer oder die Pfarrerin die Eltern bei der Suche nach geeigneten Paten. Bleibt das erfolglos, kann das Kind ausnahmsweise mit Zustimmung des Presbyteriums doch getauft werden. Voraussetzung: Mindestens ein Elternteil ist evangelisch.

In Kürze wird ein „Wegweiser für Patinnen und Paten“ erscheinen. Die von Ständigen Theologischen Ausschuss erarbeitete Handreichung soll Patinnen und Paten auf das Patenamnt und das Taufgespräch vorbereiten sowie Tipps und Ideen für die weitere Begleitung des Kindes geben. Zum Hintergrund: Magdeburger Erklärung

Am 29. April 2007 haben die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD), die Deutsche Bischofskonferenz, orthodoxe und altorientalische Kirchen sowie Freikirchen auf der Ebene der Bundes-

republik Deutschland eine förmliche Erklärung über die wechselseitige Anerkennung der Taufe unterzeichnen. Die Unterzeichnung der Vereinbarung fand im Rahmen eines ökumenischen Gottesdienstes im Magdeburger Dom statt. Folgende elf Kirchen haben diesem gemeinsamen Text zugestimmt: Äthiopisch-Orthodoxe Kirche; Arbeitsgemeinschaft Anglikanisch-Episkopaler Gemeinden in Deutschland; Armenisch-Apostolische Orthodoxe Kirche in Deutschland; Evangelisch-altreformierte Kirche in Niedersachsen; Evangelische Brüder-Unität – Herrnhuter Brüdergemeine; Evangelische Kirche in Deutschland; Evangelisch-methodistische Kirche; Katholisches Bistum der Alt-Katholiken in Deutschland; Orthodoxe Kirche in Deutschland; Römisch-Katholische Kirche; und die Selbständige Evangelisch-Lutherische Kirche.

www.landessynode.de

Quelle: Pressemitteilung der Evangelischen Kirche von Westfalen vom 22. November 2013

● **Interessante Studie zu Paaren: Das Paar – eine Interessenseinheit?**

Empirische Evidenz zu partnerschaftlichen Aushandlungsprozessen von Christina Boll, Miriam Beblo; Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut (HWWI); hrg. von der Friedrich Ebert Stiftung Oktober 2013

Download: http://www.hwwi.org/fileadmin/hwwi/Publikationen/Studien/FES_Das_Paar.pdf

● **OECD Ländervergleich zur Generationengerechtigkeit in alternden Gesellschaften**

Die Studie im Rahmen des Projekts Sustainable Governance Indicators (SGI) der Bertelsmann-Stiftung über „Generationengerechtigkeit in alternden Gesellschaften – ein OECD-Ländervergleich“, zeigt verschiedene Lösungsmöglichkeiten zur Gerechtigkeit zwischen den Generationen und was die Regierungen Europas dagegen tun sollten. Wichtige Faktoren seien Kinderarmut sowie Sozialausgaben zwischen Jung und Alt.

Download der Studie der Bertelsmann-Stiftung: [Generationengerechtigkeit in alternden Gesellschaften – ein OECD-Ländervergleich](#)

Quelle: AGF Europa New Oktober 2013

● **COFACE plant Wahlcheck zur Europawahl**

Der Wahlcheck soll einen Überblick zur Familienpolitik der politischen Fraktionen im EU-Parlament geben. In ihm werden die verschiedenen familienpolitischen Maßnahmen der politischen Fraktionen im Europäischen Parlament über soziale Bereiche verglichen. Er soll Anfang 2014 veröffentlicht werden. Die COFACE ist der Zusammenschluss der Familienorganisationen auf europäischer Ebene.

Quelle: AGF Europa News Oktober 2013

● **Verändert die Neurobildgebung unser Menschenbild?**

Diese Frage stellte der Deutsche Ethikrat in den Mittelpunkt seiner Herbsttagung in der Nordrhein-Westfälischen Akademie der Wissenschaften und der Künste und diskutierte sie mit über 250 Teilnehmern. Was kann man mithilfe der Neurobildgebung über die Persönlichkeit eines Menschen, sein Erleben und sein Verhalten erfahren? Kann Neurobildgebung bei der Diagnose von psychischen Erkrankungen und bei der Beurteilung von Straftätern helfen? Welche medizinethischen Herausforderungen ergeben sich durch unerwartete Befunde oder die Vorhersage nicht behandelbarer Krankheiten?

„Was uns als Deutschen Ethikrat dabei besonders interessiert“, so Christiane Woopen, die Vorsitzende des Deutschen Ethikrates zur Eröffnung der Tagung, „ist die Frage, was die neuen Bilder vom Gehirn mit unserem Selbstverständnis zu tun haben. Kommt es zu einer Zerebralisierung unseres Menschenbildes und was hätte dies für Folgen?“

Die modernen bildgebenden Verfahren gelten als Fenster zum Gehirn. Zu verstehen, wie 86 Milliarden Nervenzellen mit ihren Verschaltungen zusammenwirken, gilt als große Herausforderung für die Grundlagenforschung, in die in Europa und in den USA Milliarden investiert werden. Nicht zuletzt wird ein Nutzen für das Verständnis und die Behandlung von Erkrankungen erwartet. Um jedoch die Hirnorganisation mit einem konkreten Verhalten oder einer Erkrankung in Verbindung zu bringen, muss auch die kulturelle, gesellschaftliche und ethische Dimension berücksichtigt werden.

In den zahlreichen Vorträgen und Diskussionsrunden wurde deutlich, dass die Neurobildgebung

wertvolle Ergebnisse zu jenen Vorgängen im menschlichen Gehirn liefert, die mit emotionalen und kognitiven Funktionen einhergehen. Wichtig dabei ist die interdisziplinäre Zusammenarbeit mit Psychologie, Neurobiologie, Mathematik, Psychiatrie, Neurobiologie, Philosophie und anderen Disziplinen. In der Psychiatrie werden bildgebende Verfahren bereits eingesetzt, um Tumore, Blutungen, Entzündungen und vaskuläre Schäden auszuschließen sowie neurodegenerative Erkrankungen zu erkennen. In absehbarer Zeit werden sie voraussichtlich auch einen wichtigen Stellenwert in der Diagnostik, Therapieplanung und Prognostik psychischer Erkrankungen einnehmen. Für derartige Verfahren muss jedoch ein ethischer Rahmen geschaffen werden, um insbesondere mit prädiktiven Aussagen verantwortungsvoll umgehen zu können. Das betrifft in ähnlicher Weise den Umgang mit sogenannten Zufallsfinden („incidental findings“) im Rahmen von Studien an gesunden Probanden.

Dass die Neurobildgebung zum Zwecke der Verteidigung in strafrechtliche Verfahren Eingang finden wird – etwa zur Lügendetektion, zur Feststellung der Schuldfähigkeit oder mit Blick auf eine Sicherungsverwahrung für eine Gefährlichkeitsprognose von Straftätern – ist absehbar. Sie sollte die klassisch-psychiatrischen Gutachten jedoch keinesfalls ersetzen, sondern vielmehr ergänzen.

Zur Frage nach der Bedeutung des Gehirns für unser Menschenbild herrschte weitgehend Einigkeit darüber, dass die bildgebenden Verfahren zu Erkenntnissen und Eingriffsmöglichkeiten führen können, die die Wissenschaften und die Gesellschaft dringend überdenken müssen. Auch ethische Kriterien für einen angemessenen Einsatz zum Beispiel in der Psychiatrie und vor Gericht müssen entwickelt werden.

Programm der Herbsttagung, Vorträge und Diskussionsbeiträge unter: www.ethikrat.org

Quelle: Pressemitteilung Deutscher Ethikrat vom 29. November 2013

• EU-Gipfel zur Jugendarbeitslosigkeit

Die Staats- und Regierungschefs der EU verständigten sich beim EU-Gipfel am 12. November 2013 in Paris auf ein schnelles und direktes Handeln zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Mit Hilfe der EU-Jugendgarantie sollen alle jungen Menschen unter 25 Jahren innerhalb von vier Monaten nach Abschluss ihrer Ausbildung oder nach Beginn ihrer Arbeitslosigkeit ein konkretes und qualitativ hochwertiges Angebot (z.B. Arbeitsstelle, Ausbildungsplatz, oder Praktikum) erhalten. Die EU-Staaten sollen nationale Aktionspläne zur Umsetzung der Jugendgarantie entwickeln. Die EU-Kommission will beim Erstellen dieser Pläne helfen und arbeitet auf eine möglichst rasche Verwirklichung der Jugendgarantie hin. Mit 45 Milliarden Euro soll die Jugendarbeitslosigkeit bekämpft und junge Unternehmen gefördert werden. Die EU-Jugendgarantie soll in den nächsten zwei Jahren von allen EU-Staaten umgesetzt werden.

Der Ausschuss der Regionen (AdR) betont in diesem Zusammenhang, dass für die Umsetzung der jugendpolitischen Maßnahmen eine stärkere politische Zusammenarbeit zwischen allen Regierungsebenen nötig sei.

Quelle: AGF Europa News November 2013

►►► Nützliche Informationen

• „Und was liest du?“

Literaturempfehlungen zum ersten Lesen und Vorlesen für Grundschulkinder



Bücher zum ersten Lesen gibt es viele. Es wimmelt nur so von Leseraben, -drachen, -löwen und Sternen. Aber was ist wirklich geeignet für Kinder an der Schwelle zwischen Kindertagesstätte und Grundschule? Durch den Dschungel der Neuerscheinungen fürs erste Lesen will das neue Themenheft des Evangelischen Literaturportals einen Pfad legen. In Text und Bild, z. T. mit Innenteilabbildung, werden 69 Bücher für die ersten zwei bis drei Jahre des Lesen Lernens vorgestellt. Bei der Auswahl hat neben einem didaktisch überzeugendem Konzept und literarischer Qualität auch der Spaßfaktor eine Rolle gespielt. Außerdem werden Bücher zum Vorlesen präsentiert, die zusätzlich Lust auf Geschichten und Kinderliteratur machen. Das 52 Seiten starke Heft wendet sich an Mitarbeitende in Bibliotheken, Grundschulen und Kindertagesstätten, es kann aber in Familien als Anregung für Weihnachtsgeschenke dienen.

Das Heft kann für 2,- Euro inkl. 7 % MwSt. zzgl. Versandkosten bestellt werden.

Staffelpreise:

1–49 Exemplare: 2 €/Stück, 50–99 Exemplare: 1,50€/Stück, ab 100 Exemplaren: 1€/Stück

Quelle: Evangelisches Literaturportal e.V.

<http://www.eliport.de/unsere-publikationen/themenhefte/und-was-liest-du.html> (gesehen am 29. November 2013 um 10:16 Uhr)

• **Ausstellungshinweis: „Leben nach Luther“ im Deutschen Historischen Museum Berlin, 25. Oktober 2013 bis 02. März 2014**

Konzept: Bodo-Michael Baumunk, Dr. Shirley Brückner

Projektkoordination: Prof. Dr. Rosmarie Beier-de Haan

Ein Hort universeller Bildung und bürgerlichen Lebens, das Vorbild christlicher Lebensführung, Ursprung von Literatur, Philosophie und Wissenschaft: Das evangelische Pfarrhaus als Lebensform ist seit Jahrhunderten Projektionsfläche gesellschaftlicher und familiärer Ideale. Die Entwicklung dieser gesellschaftlich prägenden Institution verfolgt die Ausstellung „Leben nach Luther. Eine Kulturgeschichte des evangelischen Pfarrhauses“ von der Reformation bis zur Gegenwart.

Porträts aus fünf Jahrhunderten, Alltagsgegenstände, persönliche Erinnerungsstücke und eine Vielfalt von Amtstrachten, darunter auch die Talare der ersten Pastorinnen, verdeutlichen den Wandel im Pfarrhaus über die Jahrhunderte. Einen Eindruck vom Bildungshorizont einer typischen Pfarrhausbibliothek geben die kostbaren, illustrierten Bücher des 17. und 18. Jahrhunderts. Fotos, Ton- und Filmdokumente zum „Kirchenkampf“ in der Zeit des Nationalsozialismus sowie zu Repression, Anpassung und kirchlicher Opposition in der DDR verdeutlichen, wie das Pfarrhaus im 20. Jahrhundert auf totalitäre Herausforderungen reagierte. Die bedeutende Rolle des Pfarrhauses in der „Friedlichen Revolution“ 1989/90 wird ebenso beleuchtet wie das politische Engagement der westdeutschen Kirchen in der Friedensbewegung der 1980er Jahre.

Ergänzend zur Ausstellung nimmt eine großflächige Monitorinstallation im Erdgeschoss der Ausstellungshalle Bezug zur Gegenwart und Zukunft der traditionsreichen Institution des evangelischen Pfarrhauses. Sie stellt Fragen zu den Aufgabenfeldern des Pfarrberufs heute, zur prekären Situation von Gemeinden, zum Wandel der Lebensformen im Pfarrhaus selbst oder zum Vorbildcharakter von Pfarrfamilien. Darüber hinaus rückt die Installation Personen des öffentlichen Lebens in den Fokus, denen ihre Herkunft aus einem Pfarrhaus gemein ist. Sind Pfarrhauskinder etwas Besonderes? Das Pfarrhaus – ein Sprungbrett für die Politik?

Weitere Informationen unter: <http://www.dhm.de/ausstellungen/pfarrhaus/>

Katalog

Leben nach Luther. Eine Kulturgeschichte des evangelischen Pfarrhauses

Herausgegeben von der Stiftung Deutsches Historisches Museum

Namhafte Autorinnen und Autoren setzen sich kritisch mit althergebrachten Stilisierungen und Legenden des evangelischen Pfarrhauses auseinander. Der vergleichende Blick auf die europäischen Nachbarn, auf Skandinavien, Großbritannien, Frankreich, Niederlande und Schweiz ermöglicht neue Einsichten und ein bilderreiches kulturhistorisches Panorama, vom Innern des Pfarrhauses bis weit in die Welt, auf die es wirkte.

ISBN 978-3-86102-182-7

248 Seiten, Museumsausgabe 25 €

Themenheft

Leben nach Luther. Das evangelische Pfarrhaus gestern, heute und morgen

Herausgegeben vom Kulturbüro des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Historischen Museum und der Internationalen Martin Luther Stiftung

72 Seiten, Schutzgebühr 3 €

Bestellen Sie sich die Publikationen bequem nach Hause: verkauf@dhm.de oder Telefon 030/20304-731. Versandgebühr 6 € (Deutschland), 9 € (international).

- **Schneider zur Eröffnung der Pfarrhausausstellung**

Anlässlich der feierlichen Eröffnung der Ausstellung „Leben nach Luther. Eine Kulturgeschichte des evangelischen Pfarrhauses“ im Deutschen Historischen Museum (Berlin) hat der EKD-Ratsvorsitzende, Nikolaus Schneider, auf die „historisch prägende Kraft“ des evangelischen Pfarrhauses hingewiesen. „Es gibt wenige andere Beispiele, an denen sich eine so enge Verbindung zwischen dem Amt und dem Leben eines Menschen aufzeigen lässt wie am Beispiel des Pfarrhauses“, sagte Schneider am 24. Oktober. Zudem würdigte er die Ausstellung als überzeugendes Beispiel des Zusammenwirkens kirchlicher und staatlicher Kulturarbeit auf dem Weg zum Reformationsjubiläum 2017.

Quelle: EKD Newsletter Nr. 465 vom 30. Oktober 2013

- **Themenheft der Bundeszentrale für politische Bildung (fluter Magazin) zum Thema „Familie“**

Familie: Was sie bedeutet, erleben wir ganz unterschiedlich. Im „Patchwork“-Format, als Teil einer „Bilderbuchfamilie“ oder als Scheidungskind - schon längst ist „Vater-Mutter-Kind“ nicht mehr das einzige Familienmodell. Manchmal sind Freunde unsere wahre Familie. Manchmal fehlt sie uns ganz. Familie kann unterstützen, versagen und mitunter nervt sie total. Zwischen Liebe und Tod, Freund und Feind, Macht und Ohnmacht, Staat und Privatheit - Familie hat viele Seiten.

Vergleiche: <http://www.fluter.de/de/129/thema/>

Quelle: bpb vom 4. Dezember 2013

- **Wunderbare und wirksame Aktion „Ich pflege, weil...“
Pflegebotschafter organisiert Tanznachmittage für Demenzkranke**

Zu Swing und Rock`n`Roll treffen sich einmal im Monat Demenzkranke, ihre Familien, Freunde und Nachbarn in einer Kölner Tanzschule. Der Leiter des Demenz-Servicezentrums und Pflegebotschafter Stefan Kleinstück hat die Tanznachmittage vor sechs Jahren zum Welt-Alzheimerstag ins Leben gerufen. Mittlerweile werden bundesweit in fünf Tanzschulen entsprechende Veranstaltungen der Initiative „Wir tanzen wieder!“ angeboten.

www.ich-pflege-weil.de/tanzen.html

Quelle: Gesundheitspolitische Informationen GP_aktuell Nr. 23/13 vom 4. Dezember 2013

Redaktionsschluss: 13. Dezember 2013



Über Anregungen, Rückmeldungen und geeignete Veranstaltungshinweise für kommende Ausgaben unseres Newsletters freuen sich Esther-Marie Ullmann-Goertz (Redaktion) und Janina Haase (Layout und Verteiler). E-Mail: info@eaf-bund.de



Die Fachzeitschrift der eaf, die Familienpolitischen Informationen (FPI), erscheint sechs Mal jährlich. Sie kann bei der Bundesgeschäftsstelle (Einzelheft 1,70 € / Jahresabonnement 7,00 €) bestellt werden: <http://www.eaf-bund.de>.
Inhaltsverzeichnisse des laufenden Jahrgangs und Artikel vergangener Jahre können auf der Website der eaf eingesehen werden: <http://www.eaf-bund.de/newsletter.html>.



Weitere aktuelle Informationen, Texte, Stellungnahmen, Pressemitteilungen und Dokumentationen der eaf sind auf unserer Homepage <http://www.eaf-bund.de/> zu finden.